

Der größte Verrat am saharauischen Volk: Spaniens bedingungslose Normalisierung der Beziehungen zu Marokko übertrifft sogar die Abraham-Abkommen

von Salka Barca

Eine Perspektive der saharauischen Zivilgesellschaft

Spaniens zunehmende Annäherung an Marokko ist mehr als nur eine weitere diplomatische Entwicklung. Für das saharauische Volk und seine zivilgesellschaftlichen Organisationen stellt sie einen der folgenschwersten Rückschläge seit Jahrzehnten dar, der wohl schwerwiegender ist als die Abraham-Abkommen, mit denen die Beziehungen zwischen Marokko und Israel formalisiert wurden. Im Gegensatz zu diesen Abkommen tragen Spaniens Handlungen das Gewicht direkter historischer Verantwortung. Als de jure-Verwaltungsmacht der Westsahara nach internationalem Recht hat Spanien verbindliche moralische und rechtliche Verpflichtungen, die es weiterhin ignoriert.

Diese anhaltende Unbeständigkeit in der spanischen Politik ist kein Zufall; sie spiegelt ein tieferes Muster wider. Indem Spanien die Beziehungen zu Marokko stärkt, ohne einen glaubwürdigen Prozess zur Selbstbestimmung der Sahrauis zu fordern, signalisiert es, dass langjährige rechtliche Verpflichtungen beiseitegeschoben werden können, wenn sie politisch ungelegen sind. Diese Botschaft hallt weit über Nordafrika hinaus nach und untergräbt globale Normen, die Völker im Prozess der Entkolonialisierung schützen sollen.

Hinter der diplomatischen Fassade: Der Alltag unter Besatzung

In der gesamten Westsahara hat Marokko seine Kontrolle durch eines der am stärksten militarisierten Systeme der Welt gefestigt, das auf



dem befestigten Sandwall basiert und durch eine enge Sicherheitszusammenarbeit mit internationalen Partnern gestützt wird. Für die saharauische Zivilbevölkerung bestimmt diese Architektur der Überwachung und Einschränkung den Alltag: Die Bewegungsfreiheit wird kontrolliert, die Meinungsäußerung überwacht und Grundrechte werden unter der militärischen Besatzung routinemäßig verletzt.

Doch in diesem Umfeld hat die saharauische Befreiungsbewegung, die Polisario-Front, eine Disziplin und Zurückhaltung an den Tag gelegt, die in modernen Konflikten außergewöhnlich ist. Seit fünf Jahrzehnten lehnt sie Terrorismus unmissverständlich ab und beschränkt ihren bewaffneten Kampf streng auf marokkanische Militärsziele im besetzten Gebiet. Diese Disziplin spiegelt ein prinzipielles Bekenntnis zum Schutz der Zivilbevölkerung wider, das auch dann aufrechterhalten wird, wenn die saharauischen Zivilist*innen selbst systematischer Unterdrückung ausgesetzt sind.

Dies wirft eine Frage auf, die die internationale Gemeinschaft nie ehrlich beantwortet hat: Wenn ein halbes Jahrhundert der Gewaltlosigkeit, des Schutzes der Zivilbevölkerung und der Einhaltung dieser Prinzipien nichts zählt, was dann?

Warum schwankt Pedro Sánchez' moralischer Mut in Bezug auf die Westsahara, obwohl er Palästina anerkannt hat?

Selbstbestimmung ist kein abstraktes Prinzip; sie ist ein Eckpfeiler des Völkerrechts. Die Behandlung der Westsahara als routinemäßige bilaterale Angelegenheit schmälert jedoch nicht nur den Sonderstatus des Gebiets, sondern umgeht auch Spaniens zentrale Rolle in seinem ungelösten Entkolonialisierungsprozess.

Es ist schwer, die Doppelmoral in Pedro Sánchez' Herangehensweise zu übersehen. Während er moralischen Mut beweist, indem er Palästinas Recht auf Selbstbestimmung anerkennt, scheint dieselbe Überzeugung zu fehlen, wenn es um die Westsahara geht – ein Gebiet, das trotz Spaniens formellem Rückzug im Jahr 1975 laut den Vereinten Nationen weiterhin unter Spaniens de-jure-Verwaltungshoheit steht. Spanien behält nicht nur diesen rechtlichen Status bei, sondern übt auch de facto administrativen Einfluss aus, indem es den Luft- und Seezugang zur Westsahara kontrolliert – eine Form der faktischen Autorität, die die fortgesetzte Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Sahrauis ermöglicht. Die Ironie ist eklatant: Die



Sahrauis in den besetzten Gebieten leben in Armut, und diejenigen in den Flüchtlingslagern sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, die manchmal in Form von Fischkonserven erfolgt, die wahrscheinlich aus den Gewässern der Westsahara stammen und als Almosen an ihre rechtmäßigen Eigentümer*innen zurückgegeben werden.

Am 31. Oktober 2025 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 2797, mit der das Mandat der MINURSO verlängert wurde, der Mission, die mit der Überwachung eines seit langem versprochenen Referendums über die Zukunft der Westsahara betraut ist. Auf dem Papier bekräftigte dies, dass die Welt das Selbstbestimmungsrecht des saharaischen Volkes nach wie vor anerkennt. Doch eine Bekräftigung ist keine Durchsetzung. Indem Spanien die Beziehungen zu Marokko normalisiert, ohne auf durchsetzbaren Schutz für die Rechte der Sahrauis zu bestehen, trägt es dazu bei, Mechanismen zu schwächen, die der besetzten Bevölkerung unparteiische Beobachtung, unabhängige Überwachung und rechtliche Wege zur Wiedergutmachung sichern sollen.

Spaniens Haltung schafft zudem einen weitreichenden Präzedenzfall. Als von der UNO anerkannte Verwaltungsmacht beeinflussen seine Entscheidungen die politische Landschaft der Europäischen Union und prägen die internationalen Erwartungen daran, wie Verwaltungsmächte unvollendete Entkolonialisierungsprozesse angehen sollten. Wenn Madrid diesen Weg ohne klare Garantien weitergeht, werden seine Handlungen wahrscheinlich als stillschweigende Billigung der derzeitigen Kontrolle Marokkos gedeutet werden, wodurch dem saharaischen Volk faktisch sein Recht verwehrt wird, über seine eigene Zukunft zu bestimmen.

Eine Chance für Europa: Engagement für die Westsahara

Europäische Institutionen und die Zivilgesellschaft haben klare, umsetzbare Aufgaben. Parlamentarische Gremien können Transparenz hinsichtlich der Bedingungen der Zusammenarbeit zwischen Spanien und Marokko einfordern. Gerichte können bei der Schlichtung von Streitigkeiten über die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und Zuständigkeitsansprüche unterstützt werden. Menschenrechtsorganisationen können finanziell gefördert werden, um Missbräuche zu untersuchen und Überlebenden bei der Einreichung von Klagen zu helfen.

Solche Maßnahmen sind nicht symbolisch. Sie bilden das Rückgrat der Rechenschaftspflicht und tragen dazu bei, dass dem Kampf der Sahrauis mit rechtlicher Strenge statt mit diplomatischer Vernachlässigung begegnet wird. Die Aufforderung an Spanien, seine Außenpolitik mit dem Völkerrecht in Einklang zu bringen, ist kein Angriff auf die Diplomatie; es ist ein Aufruf zu einer Diplomatie, die auf der Menschenwürde gründet.

Das langjährige Bekenntnis des saharaischen Volkes zur Gewaltlosigkeit, verbunden mit einer wachsenden Zahl von Präzedenzfällen, hat einen seltenen Moment geschaffen, in dem koordiniertes Handeln echte Veränderungen bewirken kann. Nach fünfzig Jahren würdevollen Widerstands, der Terroris-

mus ablehnt und das Völkerrecht hochhält, verlangt ihre Widerstandsfähigkeit nun eine Reaktion, die an Klarheit und Mut nicht nachsteht. Dies ist der Moment, Prinzipien in Hebelwirkung und Solidarität in durchsetzbaren Druck zu verwandeln.

Echte Fortschritte erfordern ein einheitliches Bündel strategischer, nicht verhandelbarer Verpflichtungen:

A. Uneingeschränkter internationaler Zugang zum besetzten Gebiet, damit unabhängige Untersuchungsmissionen die Realitäten vor Ort dokumentieren können.

B. Rechtliche Rechenschaftspflicht für Regierungen und Unternehmen, die die Besatzung aufrechterhalten, einschließlich derer, die für Missbräuche verwendete Mittel liefern.

C. Konkrete, durchsetzbare politische Verpflichtungen, die die Rechte der Sahrauis als Verpflichtungen und nicht als diplomatische Gesten behandeln.

D. Die Forderung, dass Spanien als Hauptpartei an allen Verhandlungen und Diskussionen teilnimmt, basierend auf seinen historischen und de jure rechtlichen Verantwortlichkeiten als Verwaltungsmacht.

Mit Dringlichkeit und Überzeugung verfolgt, können diese Schritte eine fragile Öffnung in einen Weg zu einer echten Lösung verwandeln und den Kampf der Sahrauis von Ausdauer zu Gerechtigkeit führen.

Salka Barca, geboren in El-Aaiún, Westsahara, ist eine saharaisch-amerikanische Linguistin und Menschenrechtsaktivistin, die sich für gewaltfreien Widerstand einsetzt. Sie wuchs in saharaischen Flüchtlingslagern im Südwesten Algeriens auf, nachdem ihre Familie vor der militärischen Invasion Marokkos geflohen war. Nach 43 Jahren im Exil besuchte sie ihren Geburtsort, wo sie während ihres gesamten Aufenthalts unter marokkanischer Überwachung stand. Salka ist Gründungsmitglied des Western Sahara Solidarity Committee (WSSC) und Mitbegründerin von Karama Sahara um die marokkanische Militärbesatzung und die systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen die Sahrauis aufzudecken, und sie setzt sich in den Vereinigten Staaten aktiv für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für ihr Volk ein.

Mehr lesen unter: → <https://karamasahara.org>

→ <https://wssc.us>

